

Weltkriegsgefahr und Klimakrise!



„Die Post geht ab“

Unser Direktkandidat zum 20. Deutschen Bundestag im Wahlkreis 94 Köln 2, also hier, hielt auf unserem Sommerfest, oder wie wir auch sagen: Pressefest der „Rude Pooz“, dieser Stadtteilzeitung der DKP-Gruppe Köln-Innenstadt, die sie also hier in den Händen halten, folgende Ansprache.

Man weiß gar nicht, wo man anfangen soll.

Der kleine Wixer Sars-COV2 hat deutlich aufgezeigt, wo die Fehler im System liegen, vor allem im Gesundheitssystem, das aber trotz der vielen vermeidbaren Toten, weiter privatisiert werden soll.

Der Coronadress nimmt kein Ende, was abzusehen war, da sich eine klare Zero-Covid-Strategie auch bei uns nicht durchsetzen konnte. Wir sind mittlerweile glaub ich alle geimpft, einige können bald zur Dritten antreten.

In dieser Ausgabe:

- Walter Stehling spricht
- Hochwasserschutz statt Deregulierung
- Wohnungen in öffentliche Hand
- Eine lebendige Alltagskultur für alle
- Gesundheit vor Profite
- Keine Aufrüstung Für Frieden + Abrüstung
- Klima: CO₂-Steuer? Nein Danke!
- Für eine Verkehrswende in Köln

Weiter so! ... in die Krise

Ein weiter so gab und gibt es auch auf dem Finanzmarkt. Unglaublich, dass erst ein Gericht klar feststellen muss, dass die ominösen Cum-Cum und Cum-Ex-Geschäfte kriminell sind.

In den Augen der marktradikalen Zocker und Besitzer großer Vermögen ist Steuerbetrug und der ständige Griff in die Staatskasse ja ganz normaler Teil ihrer Bereicherungsideologie. Ebenso

auf dem Wohnungsmarkt. Mit dem Kampfruf: der Markt wird es schon richten, erstürmen Hausbesitzer und Wohnungskonzerne ungeahnte Höhen der Profitmaximierung, ebenfalls über verschiedene Kanäle auch noch staatlich subventioniert. Anstatt die Gewinner der Krise steuerlich zur Kasse zu



Walter Stehling, *Der wahre Amtseid*, 2021

bitten, werden an anderen Stellen Hilfen eingespart. Betroffen sind da vor allem die Gastronomie und der Kultursektor, die vergleichsweise bescheiden abgefertigt wurden. Und jetzt offenbart sich der Krisencharakter des Spätkapitalismus in seiner ganzen Wucht: Gesundheitskrise, Wohnungs-krise, Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Krise der öffentlichen Daseinsvorsorge auf der ganzen Linie, von Bahn bis Katastrophenschutz; Krisen, Krisen, Krisen!

wo es was zu holen gibt

Nicht zu vergessen die Weltkriegsgefahr und die Klimakrise! Wir sind immer die Guten und böse sind nur die anderen. Die finsternen Mächte sind in unserer Wahrnehmung nicht das ganze westliche NATOpack, sondern immer und unbedingt Russland und China. Die Post geht ab, aber immer findet sich einer, der dran verdient und immer gucken Milliarden in die Röhre und baden den Mist aus. Für arbeitende Menschen und Menschen in Not, Geflüchtete etwa, ist kein Geld da.

Hat jemand ernsthaft geglaubt, USA, Deutschland und die NATO wollten Afghanistan helfen? Wenn die sagen, dass sie einem helfen wollen, muss man laufen gehen! Auf Nationbuilding folgt nun Nationwracking. Um unliebsame Regierungen loszuwerden, scheuen sich selbsternannte Demokraten nicht, weltweit Faschisten, Rassisten, Islamisten und andere üble Reaktionäre mit Geld, Waffen und Medienpräsenz zu unterstützen. Klar, dass ihnen das mal, wie jetzt bei den Taliban, auf die eigenen Füße fällt. Die Herrschenden teilen das oberste Gebot ihrer Herrchen, der weltweiten Kapitalistenklasse: „Wo et jet ze büsche jitt - do simmer dabei, dat es prima!“

wie in Afrika

So dick sich die selbsternannte Weltgemeinschaft mit ihren 13% Weltbevölkerung auch macht, sie stehen mit dem Arsch an der Heizung, können ihrer Bevölkerung großteils kaum das nötigste bieten. Ich sagte es schon, Krisen, Krisen, Krisen. Reformen, Privatisierungen, Korruption, Überproduktion. In deren Gefolge wächst die Armut in den USA und der EU. Angesichts des Elends in der sogenannten Dritten Welt wird uns aber bekundet, dass wir reich sind. In Wahrheit sind in diesem reichen Land die allerwenigsten reich. Ein stumpf durch 82.000.000 geteiltes Gesamtvermögen ist kein Maßstab, ebenso die steigende Anzahl von Millionären und Milliarden, demnächst noch Billionären. *What will tomorrow come to Nigeria?* (Was wird aus Nigeria?) Diese sicher fast 20 Jahre alte Liedzeile passt auch auf unser fucking old Fatherland ziemlich gut. Die Angst vor sozialem Absturz, vor Altersarmut, ja vor Krieg und Zusammenbruch geht um. Obdachlosigkeit, Verzweiflung und Hilflosigkeit nehmen zu, dazu kommt noch die Pandemie. An dieser Stelle ein Rat: Sicherheits- und Polizeigesetze bringen da keine Linderung, sondern sagen uns, dass man so weiterzumachen denkt, nur mit weniger Demokratie.

Gespens des Kommunismus

Die sich noch einen Siff-SUV leisten können, merken das sowieso nicht, oder wollen es nicht merken. Kon-

sumenten verhalten sich nach dem Motte Louis XIV: „Après nous, le déluge!“ (Nach uns die Sintflut), Klimaschützer wählen Grüne, obwohl die in ihrem Programm Klimaschutz nur als Anhängsel einer grünzuwaschenden Wirtschaft verstehen, Irrationalismen aller Couleur erblühen im Glanze des allbeherrschenden Marktes. Oh jeh.

Besser wäre es, wenn die Herrschaften Angst vor dem Gespenst des Kommunismus hätten - aber halt, sie haben diese Angst ja doch latent immer. Zwar ist das Gespenst, vor allem in Schland, zu einem alten Gnom geschrumpft, aber ... der Gefahr wird allemale vorgesorgt. Und wenn man den Nazis und Ultrakonservativen das Geld eimerweise reinkippen muss, irgendwas geht immer, um bloss zu vermeiden, dass die Arbeiterklasse solidarisch und geschlossen in die Gegenoffensive geht. Nun denn, der Versuch, uns von der Bundestagswahl durch feine, aber zum Glück blöde Tricks fernzuhalten, ist erstmal misslungen.

Wir sind als DKP und als Einzelkandidaten wählbar.

Gemeinsam mit unseren vielen Bündnispartnern könnten wir, rein theoretisch, AKK wieder in ihr Vorstadthaus verweisen, den planlosen Span zurück an den Sparkassenschalter schicken, Andy Scheuer und Olaf Scholz vor Gericht bringen, die unsäglichen Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerinnen elegant und demokratisch entfernen - und: solchen Typen wie Ama-

zons-Jeff und Elon Brandenburgzerstörer Einhalt gebieten. Wenn wir sie schon nicht dahin schicken können, wo sie ja selber hinwollen: auf den Mars!



Walter Stehling, *Mars Attack*, 2011

Danke, das wars.

Wählt Walter!

Walter Stehling

Statt Hochwasserschutz - Deregulierung

Zur Vermeidung von Hochwasserkatastrophen reichen wegen der Wasserdurchlässigkeit des Schiefergesteins im Ahrtal einfache Renaturierungsmaßnahmen nicht mehr aus. Stattdessen sind Regenrückhaltebecken bis in die Seitentäler nötig. So scheint es auch der NRW-Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Armin Laschet zu sehen. Am 18. Juli sprach er in Erftstadt mit Helfern. Er forderte mehr Vorsorge gegen Extremwetter. „Wir müssen Dämme bauen, Rückhaltebecken, Wasserreservoirs, Flächen renaturieren – Schutz nicht nur am

Rhein, sondern auch an den großen und den vielen kleinen Flüssen überall im Land“, sagte Laschet. Und diese Aussage war ihm so wichtig, dass er seine Rede vorab aufzeichnen ließ, bevor sie vom WDR ausgestrahlt wurde. Allerdings klaffen hier Laschets Reden und Taten weit auseinander.

Erst im Mai hatte seine Landesregierung das Landeswassergesetz novelliert. CDU und FDP verlängerten die Frist für Modernisierungen von Abwasseranlagen kurzerhand bis 2027. Vorher stand im Gesetz: 2021. Und sie strichen den § 84, Absatz 3,3 vollständig, welcher die Behörden verpflichtet, Trinkwasser- und Abwasseranlagen vor Hochwasser zu schützen. Überdies beschneidet die Landtagsmehrheit von CDU und FDP die Möglichkeit, zusätzliche Überschwemmungsgebiete auszuweisen. „Damit wird die Forderung des Koalitionsvertrags nach Deregulierung und Rückabwicklung des Landeswassergesetzes von 2016 aufgenommen“, heißt es zur Begründung.

Die Kiesgrube in Blessem

Am 14. Juli floss im Erftstädter Ortsteil Blessem das Wasser der Erft durch ein Wohn- und Gewerbegebiet und bahnte sich einen neuen Weg in die Grube des Kieswerks. Die Grube war kürzlich noch ausgedehnt und auf 70 m vertieft worden. In Blessem wurden Häuser unterspült und beschädigt. Drei sind zerstört, sechs weitere unbewohnbar.

Betreiber der Kiesgrube war bis 2016 die Firma Nowotnik. Dann pachteten die „Rheinischen Baustoffwerken“ das Gelände. Und die gehören ausgerechnet RWE.

Der neue Betreiber erweiterte die Grube von 28.000 auf 44.000 Quadratmeter in Richtung Autobahn und Köttingen. Die Genehmigung erteilte die Bezirksregierung Arnsberg. Sie machte einen anderthalb Meter hohen Schutzwall zur Auflage. Ob RWE den gebaut hat, steht dahin. Im übrigen nahm die Bezirksregierung an, dass die Erweiterung um 16.000 Quadratmeter keine Auswirkungen auf Blessem haben werde. Auch die Politik habe die Grubenerweiterung ohne Diskussionen durchgewunken, schreibt der Stadtanzeiger.

Aber nun war die Erft regelrecht eingeklemmt zwischen der Autobahn und Kiesgrube. Der vormalige Grubenbetreiber Hans Georg Nowotnik hatte seinerzeit schon vor einem Durchbruch bei Hochwasser gewarnt: „Das hätte dann gravierende Folgen für die Wassergewinnung und Wasserqualität der benachbarten Dirmerzheimer Brunnengalerie, die große Bereiche der Rheinischen Bucht mit Trinkwasser beliefert“.

Klaus Stein

Wohnungen in öffentliche Hand!

Im vergangenen Jahr gab es in Köln über 1500 Zwangsräumungen. Das sind vier pro Tag. Im Jahr 2018 waren es sogar 1700 Zwangsräumungen. Immer mal wieder wehren sich die Betroffenen. Aber sie haben, selbst wenn es wie im Fall Kalle Gerigk Proteste gibt, schlechte Karten. Auch Kalle mußte am Ende aus der Wohnung raus. Warum ist das so? Gesetze, Justiz, Gerichtsvollzieher und Polizei setzen die Regeln des Marktes durch. Nur wer sich eine Wohnung leisten kann, darf wohnen. Und so wächst in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit und Armut auch die Zahl der Obdachlosen.

Dabei ist Wohnen ein Menschenrecht. So bestimmt es die UNO-Menschenrechtsdeklaration und der UNO-Sozialpakt von 1966. Dieser Sozialpakt hat sogar den Rang eines Bundesgesetzes. Außerdem gibt es noch den Artikel 31 der Europäischen Sozialcharta. Da heißt es „Jedermann hat ein Recht auf Wohnung“. Die revidierte Fassung ist



Walter Stehling, *Wahlplakat 1*, 2021

seit dem 1. Juli 1999 in Kraft. Die Bundesrepublik hat das Abkommen zwar am 29. Juni 2007 unterzeichnet, aber bislang noch nicht ratifiziert, anders als 33 der 47 Mitgliedsstaaten des Europarates. Offenbar will sie vermeiden, daß man sich auf dem Rechtsweg in eine Wohnung einklagen kann.

Was ist zu tun? In Berlin drängt ein Bürgerbegehren auf die Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen, die mehr als 3000 Wohnungen haben. Die Berliner berufen sich auf den Artikel 15 des Grundgesetzes. Der lautet: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“ Als dieses Bürgerbegehren bekannt wurde, schrie alles auf. Das ginge doch nicht, das wäre ja verfassungswidrig! Außerdem solle man doch Wohnungen bauen, statt zu enteignen.

Aber letzteres geschieht einfach zu wenig. Von 6000 pro Jahr versprochenen Wohnungen wird in Köln gerade mal ein Drittel gebaut, Sozialwohnungen fallen nach wie vor aus der Bindung. Warum? Eins liegt auf der

Hand. Bei einem Überfluss an Wohnungen, würden die Mieten sinken.

Klaus Stein

Kommunale Kulturpolitik in Köln: Für eine lebendige Alltagskultur für alle!

Die Teilhabe an Kultur und Bildung ist eng an den Kampf um die öffentliche Daseinsvorsorge in den Kommunen gebunden. Wer Museen gegen Bibliotheken, Sportplätze gegen Konzerthäuser ausspielt, schadet damit der kulturellen Entwicklung seiner Stadt. Gerade im kulturpolitischen Kampf ist immer zu hinterfragen: Wem nützt das? Ist das für alle zugänglich? Hebt es die allgemeine Lebensqualität? Kann man da auch noch was lernen? Denn das Ziel echter Kunstvermittlung sollte auch immer Erkenntnisgewinn sein.

Wer einen Museumsbau ablehnt, weil das ja Geld kostet, ist genauso ein Crétin, wie der Kunstmarktaspirant, der seine Projektgelder mit der Oper teilen muss und folgerichtig gegen die teure Hochkultur wettet.

Die DKP Köln-Innenstadt lehnt ein Auspielen von Hoch- gegen Pop- oder Freie Kultur ab. Im Gegenteil muss auch die Hochkultur den einfachen Menschen zugänglich sein. Genauso, wie die städtischen Museen.

Gerade in der Krise darf die Kultur

Wir fordern

öffentliche Wohnungsgesellschaften und öffentlichen Wohnungsbau zu günstigen Mieten!

nicht vergessen werden, sind umfangreiche Hilfen notwendig. Angesichts der ausufernden Kosten bei den laufenden Projekten, wie etwa Opernsanierung, Historisches Archiv und Jüdisches Museum, ist eine grössere Transparenz und die Loslösung von den Interessen der Bauwirtschaft zu fordern. Bei der „Neuen Mitte“ legt die DKP ihr Augenmerk vor allem auf das Zeughaus, dessen Verramschung und Umwandlung zum Luxushotel es zu verhindern gilt. Stattdessen wäre dort, bspw., die Unterbringung der international

renommierten Kunst- und Museumsbibliothek zu überlegen.

Wir meinen; Kultur darf kosten, denn an ihr misst sich der Lebenswert einer Metropole. Geld ist genug da, wie die diversen Steuer- und Finanzskandale, und andere mafiöse Zustände deutlich aufzeigen.

Die DKP unterstützt in der Krise alle Kunst- und Kulturschaffenden als Teil der Klasse der Werktätigen in ihren sozialen Anliegen.

Walter Stehling

Gesundheit vor Profite!

Die drei Kölner Kliniken Merheim, Holweide und die Kinderklinik an der Amsterdamer Straße schreiben trotz Auslastung rote Zahlen. Am 7. November 2019 hat der Rat der Stadt Köln beschlossen, dass diese zusammen mit der landeseigenen Universitätsklinik zu einem „Klinikverbund“ umstrukturiert werden sollen. 42,7



Pflege-Aufstand jetzt!, Roncalliplatz, 05.09.20

Millionen Euro sollen dadurch jährlich eingespart werden. Die Klinik in Holweide soll schrittweise geschlossen,

Wir fordern

- Keine Kürzungen bei Bürgerhäusern. Förderung breiter Angebote in den Stadtvierteln!
- Keine Schließung von Hallenbädern und Sportstätten. Förderung des Breitensports!
- Keine weitere Schließung sondern Ausbau und Förderung von Stadtteilbibliotheken und Bildungseinrichtungen. Breitere und verbesserte Bildungsangebote!
- Besserer und regelmäßiger Kunst-, Musik und Sportunterricht an den Schulen!
- Förderung statt Verdrängung von selbstverwalteten Kunst- und Kultureinrichtungen, evt. Ausbau zu Nachbarschaftszentren! Hilfe zur Selbsthilfe!
- Keine Kürzungen bei Freien Theatern und Projekten!

die Zahl der Betten reduziert und die Fachabteilungen halbiert werden. Die Notfallambulanz in Holweide ist bereits geschlossen worden. Offenkundig wiegen betriebswirtschaftliche Erwägungen schwerer als eine flächendeckende und wohnortnahe Gesundheitsversorgung. Die Corona-Pandemie machte die geringe Belastbarkeit des Gesundheitssystems deutlich. Dennoch wurden selbst in dieser Zeit Krankenhäuser geschlossen. Der Trend des Kliniksterbens und der Privatisierung der Gesundheitsversorgung setzt sich ungebrochen fort.

Das Geschäft mit Krankheit ist äußerst lukrativ. Das System der Fallpauschalen ermöglicht hohe Profite. Im Jahr 2018 beliefen sich die Ausgaben im Gesundheitssektor auf 390,6 Milliarden Euro, und damit mit einem Anteil von 11,7 % des BIP etwa doppelt so hoch wie der der Automobilindustrie. Arztpraxen, Reha-Kliniken, Pflegeheime, medizinische Spezialdienste und Krankenhäuser sind sehr attraktiv für anlagensuchendes und nach Verwertung drängendes Kapital. Die Finanzierung der Krankenhäuser richtet sich nicht mehr nach dem Prin-

zip der Kostendeckung sondern nach den Leistungen eines Behandlungsfalles unabhängig von der jeweiligen Verweildauer im Krankenhaus. Besonders profitabel ist es daher, möglichst viele Patienten in kurzer Zeit abzufertigen. Das Pflegepersonal ist in diesem System lediglich ein Kostenfaktor. Dementsprechend sind in Deutschland etwa 30 % der vorgesehenen Pflegestellen nicht besetzt. Die Folge sind

Überlastung des Klinikpersonals und unzureichende medizinische Versorgung.

Der Gesundheitsmarkt wird von einigen großen privaten Krankenhauskonzernen wie Helios, Asklepios und Sana mit Milliarden Gewinnen beherrscht. Auf der anderen Seite sind etwa 1/3 der Kliniken von der Insolvenz bedroht. Das betrifft vor allem die öffentlichen, kommunalen Krankenhäuser, die noch eine umfangreiche medizinische Versorgung anbieten und sich nicht auf die profitablen und weniger pflegeintensiven Bereiche beschränken. Bei Verlusten droht die Schließung und die Übernahme durch die privaten Klinikbetreiber.

Dirk Stehling

Wir fordern

- Das System der Fallpauschalen muss weg!
- Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen gehören in die öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle und ausreichender Finanzierung nach dem Prinzip der Selbstkostendeckung!
- Keinen Profit mit der Gesundheit!

Gegen Aufrüstung und Krieg – Für Frieden und Abrüstung!

In Köln, und nicht nur hier, fehlt Geld für soziale Aufgaben und für den Erhalt und den Ausbau der Infrastruktur an allen Ecken und Enden: Für den

2% des Bruttoinlandsprodukts für das Militär ausgegeben, wären das derzeit etwa 70 Mrd. Euro (etwa 25 Mrd. Euro mehr als 2020) – Geld, das woanders dringend benötigt wird.

Aber es geht nicht nur ums Geld. Mit der immer schnelleren Aufrüstung der NATO, mit Panzern an der russischen

Wer im Jahr 2021 Atomkriege übt, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt, denn bei einem Atomkrieg kann es keine Gewinner, sondern nur Verlierer geben.

Demonstrieren wir gemeinsam gegen Atomkriegsmanöver und für eine Welt ohne Atomwaffen!

**9. Oktober 2021 12:00 Uhr, 52388 Nörvenich, Auftaktkundgebung Schlosspark
Abschlusskundgebung Fliegerhorst Oswald-Boelcke
Umbenennung der Oswald-Boelcke-Allee, mit Jens J. Korff, Historiker**

Spenden dringend erbeten auf das Konto Förderverein Frieden e.V. IBAN: DE78 4306 0967 4041 8604 04 Stichwort "Nörvenich" oder über die Spendenseite <https://www.friedenskoooperative.de/spende-noervenich>

Verbindung: Köln HbF RE 9 10:47 Uhr -> Düren Bf 11:13 Uhr | Umsteigen Bus 216 11:25 Uhr -> Düren Kaiserplatz | Umsteigen Bus 208 11:30 Uhr -> Nörvenich Schlosspark | Rückfahrt von Nörvenich stündlich

Bau bezahlbarer Wohnungen, für modern ausgestattete Schulen mit kleinen Klassen, für Kitas, für Sportplätze und -hallen, für Schwimmbäder, für gut ausgestattete Krankenhäuser und vernünftig bezahlte Pflegekräfte...

Gleichzeitig werden mehr als 46 Mrd. Euro für die Hochrüstung verpulvert. Geht es nach dem Willen von CDU/SPD/Grünen/FDP/AfD sollen es noch deutlich mehr werden. Würden, wie von der NATO mit Zustimmung der deutschen Regierung beschlossen,

Grenze und Kriegsschiffen vor der chinesischen Küste, steigt die Gefahr eines verheerenden Krieges. Bundeswehrsoldaten in aller Welt dienen weder unserer Sicherheit, noch nützen sie den Menschen auf dem Balkan, in

Impressum:

Herausgeber:
Gruppenvorstand der DKP Köln-Innenstadt

Eigendruck

Kontakt:
vorstand@dkp-koeln.de
V.i.S.d.P.: Walter Stehling,
Bayenstraße 15, 50678 Köln

Wir fordern

- Die Bundesrepublik Deutschland muss unverzüglich den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen und die US-Militärstützpunkte auflösen!
- Atomwaffen raus aus Deutschland!
- Rüstungsetat kürzen, in den nächsten Jahren um jährlich 10 %!
- Eine Politik der Zusammenarbeit und des Friedens mit allen Ländern!
- Keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder!
- Deutschland raus aus der NATO!

Afrika oder in Afghanistan - sie stehen dort für deutsche Wirtschafts- und Machtinteressen.

Wegen dieser Machtinteressen weigert sich die Bundesregierung auch seit Jahren, den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen. Das wäre im Interesse der Menschen in unserem Land allerdings dringend nötig: In Büchel bei Cochem, nur 85 km (Luftlinie) von Köln entfernt, lagern 20 US-Atombomben, die im Rahmen der nuklearen Teilhabe im Kriegsfall von deutschen Piloten abgeworfen werden sollen. Die Erfahrung lehrt: Bomben und Raketen sind Magneten.

Statt Atombomben brauchen wir Krankenhäuser, Schulen und einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr, Statt Konfrontation mit Russland und China brauchen wir Frieden und Zusammenarbeit, um die drängenden Probleme der Menschheit gemeinsam zu lösen.

Peter Trinogga

Klima: CO₂-Steuer - Nein Danke!

Die Statistiken zeigen es, der Strompreis kennt nur eine Richtung: Aufwärts.

2000: 13,94 Cent pro Kilowattstunde; 2020 sind es 125 % mehr: 31,47 Cent.

Die Erzeugerkosten sind gesunken, aber seit der Jahrtausendwende haben sich die Steuern und Abgaben verdreifacht, seit der Liberalisierung des

Strommarktes fast vervierfacht (1998: 4,07 Cent; 2020: 15,98 Cent).

Eine Folge: Alle Jahre wieder werden hunderttausenden Haushaltskunden Stromabschaltungen aufgezwungen, weil sie die Stromrechnung nicht mehr bezahlen konnten. In Köln war das 10 000 Mal der Fall.

Die Summe der Streitbeträge infolge Abschaltungen beläuft sich bundesweit auf 27,7 Mio. €. Dem stehen die v. a. den Haushaltskunden abgeknöpften insgesamt 27,6 Mrd. Euro gegenüber, die allein vermittelt der EEG-Abgabe von Netzbetreibern an Stromproduzenten gehen.

Das ist ein Promille und selbst ein Promille wird gnadenlos eingetrieben!

Letztendlich mit Stromabschaltungen, diese bedeuten u.a. zum Beispiel im Sommer keinen Kühlschrank und im Winter keine Warmwasserbereitung zu haben. Das soll als Peitsche wirken, das soll Angst verbreiten, um eine Eigentümer- und Preisstruktur aufrecht zu erhalten, in der die vielen kleinen Haushaltskunden durch ihre hohen Steuern, Umlagen und Abgaben (2020: 52,4% des Strompreises) die langfristige Produktion preiswerten Stroms subventionieren. Vor allem durch erneuerbare Energien sind die Kosten für Strombeschaffung und Vertrieb in den letzten 10 Jahren um 13% gesunken. Der Billigstrom (unter ca. 5 Cent pro Kilowattstunde) geht aber nur an Großverbraucher, ausgerechnet jene, die weitestgehend von den EEG-

Abgaben befreit sind! Denn: "Spezielle gesetzliche Regelungen" für die Steuer- und Abgabenbefreiung der Großverbraucher können aus 12 Cent pro Kilowattstunde, die für Haushaltskunden gelten, für Großverbraucher leicht weniger als 1 Cent machen. Die Stromsteuer kann nach § 9a StromStG sogar vollständig er-

Wir fordern

- Keine Stromabschaltungen bei armen Haushalten!
- Energiepreise nicht dem Markt überlassen! Die Preise für den kleinen Endverbraucher sind demokratisch nach sozialen Gesichtspunkten festzulegen!
- Schluß mit dem Export von Braunkohlestrom!
- Wiederherstellung der kommunalen Stimmrechtsmehrheit beim RWE!
- (Re-)Kommunalisierung der Energieerzeugung, der Versorgung und der Verteilungsnetze!
- Konsequente Anwendung des Artikels 27 der Landesverfassung NRW, laut der «Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben (...) in Gemeineigentum überführt werden» sollen!
- Konsequente Anwendung des Artikels 15 Grundgesetz, der lautet, „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.“
- Für eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt!

lassen, erstattet oder vergütet werden. Zum Schaden kommt noch der Hohn, die höheren Steuern seien nötig, damit weniger CO₂ produziert werde! Welcher Haushaltskunde der typischerweise zur Miete wohnt, wird wohl durch den gestiegenen Strompreis "seinen" CO₂-Ausstoß vermindern können?

Wir fordern nicht nur einfach eine technische Energiewende, "um wieder in eine Investitionsphase zu kommen" (O-Ton RWE), sondern gesellschaftliche Veränderungen, damit die Investitionen in eine Energiewende für den Klimaschutz fließen können.

Raimund Conrad

Kommunale Verkehrspolitik in Köln: Für eine umfassende Verkehrswende!

Nicht erst bedingt durch Corona, stieg die Zahl der privaten Fahrzeuge im Motorisierten Individualverkehr (MIV) auf rund 570.000. Der Anteil des MIV am Modal Split liegt unverändert hoch bei ca.43% und wächst sogar eher noch. Hingegen stagniert der Anteil des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bei 21%, ja, durch die Krise sinkt er sogar noch. Die hohen Ziele der Klimanotstands-Gemeinde Köln für 2035, u.a. Senkung des Anteils des MIV auf 15%, werden so nie erreicht. Angesichts wachsender Fahrpreise,



Walter Stehling, *Wahlplakat 2*, 2021

unzureichender Verbindungen und langer Wartezeiten, entsteht auch keine wirkliche Alternative durch den ÖPNV. Ebenso steigen zuwenige auf das Rad um; hohe Unfallzahlen, stressiges Konkurrieren mit Auto und Fußgänger, fehlende Radwege, sind dafür mit die Gründe. Zudem treiben prestigekräftige U-Bahnprojekte Preise und Kosten weiter in die Höhe. Die Stadt versinkt im Smog und Verkehrschaos. Die DKP Köln-Innenstadt fordert Fahrpreissenkungen und eine flächen-

deckend ausgebaute KVB bis in die Außenbezirke. Umfragen, etwa des Kölner Stadt-Anzeigers zeigen, dass die Mehrheit der Kölschen bereit ist umzusteigen, wenn die Verbindungen besser und die Fahrpreise keine Apothekerpreise mehr sind.

Die DKP Köln-Innenstadt teilt darüberhinaus die Kernforderungen des „Bündnis Verkehrswende Köln“

Walter Stehling

Wir fordern

- Keine Ost-West-U-Bahn; hier wird nur Platz gemacht für noch mehr Autos; die Alternative heißt Straßenbahn!
- Eine Promenade vom Heumarkt bis zum Aachener Weiher, Freistellung Neumarkt vom Autoverkehr auf drei Seiten!
- Keine neue Rheinquerung, die ausschließlich für den Autoverkehr nutzbar ist, Ausbau der Bahnquerungen und Errichtung einer Fußgänger/Radfahrerbrücke!
- Wassertaxis und Seilbahnen sind als preiswerte Alternative zu Tunneln und Trassen zu prüfen!
- Ergänzender Einsatz von Expressbussen zur Lückenschließung und Pendleralternative!
- Sichere Fahrradstraßen und Wege, die sich vernetzt durch die ganze Stadt ziehen!
- Autofreie Bereiche in City und Veedeln mit dem Ziel der Autofreien Innenstadt!
- Klimagerechte Mobilität bis 2030!

**Unser nächster Gruppenabend:
3. Dienstag im Monat, 19:30 Uhr
Casa dei Popoli Bayenstraße 15**

Schau doch mal vorbei!